

Das Projekt Agglolac JA - ABER! Diese einzigartige Stück Land muss endlich überbaut werden. Eine Absage erteilt werden muss aber an die Gegner, die von einem Spiel-, Grill- und Vergnügungspatzen träumen. Ganz wichtig aber ist, dass alles mit Rücksicht auf die Eingaben der Mitwirkung, bzw. auf die Stimmen der Nidauer Bewohnerinnen und Bewohner realisiert wird.

- Roland Lutz

Das Seeufer zupflastern? NEIN danke. Ich kämpfe für ein attraktives Seeufer für die Nidauer Bevölkerung. Das heutige Projekt ist total überdimensioniert und vertritt nur die Interessen des Investors, anstatt der hier lebenden Bevölkerung! STOP AGGLOlac in der heutigen Form.

- Markus Baumann



Abb.: Richtkonzept AGGLOlac, www.agglolac.ch

Es muss etwas mit diesem wunderschönen Seeanstoss geschehen, aber doch nicht eine solche überdimensionale Überbauung. Es sollte doch möglich sein etwas zu gestalten, das auch der Öffentlichkeit zugute kommt und nicht nur den Menschen mit einem hohen Budget.

- Ursula Wingeyer

Selbst die diversen Profilierungsneurotiker sollten endlich merken, dass dieses Projekt so nie umgesetzt werden darf. So nicht!

- Bruno Wingeyer

Dass auf dem Areal, das seit der Expo.02 brach liegt, etwas geschehen muss, ist logisch. Jedoch sollte ein Projekt umgesetzt werden, das der bereits existierenden Nidauer Bevölkerung einen Nutzen bringt und nicht nur Folgekosten verursacht.

- Thomas Marolf

In der jetzigen Form ist Agglolac für mich nicht realisierbar. Es muss redimensioniert und mehr auf die Eingaben der Bürger eingegangen werden. Die letzte freie Fläche am See darf nicht mit riesigen Wohnquadern verbaut werden. Zudem sind pseudo ökologische Träumereien wie eine 2000 Watt Gesellschaft in einer immer stärker elektrifizierten Welt nicht umsetzbar. Ökologisch bauen sicherlich, aber nicht zu jedem Preis.

- Oliver Grob



Letzte Chance für die Projektgesellschaft
von Leander Gabathuler und Viktor Sauter

Beim Projekt AGGLOlac wurde über Jahre hinweg an den Anliegen der Bevölkerung vorbei geplant. Gigantismus und Profitmaximierung des Investors standen stattdessen im Vordergrund. Kaum erstaunlich, dass sich in der Bevölkerung grosser Widerstand formierte. Die Warnrufe wurden weiterhin ignoriert: Beispielsweise die Publlac-Initiative wurde mit fragwürdigen juristischen Mitteln abgewürgt, die Projekt-Kritiker wurden wiederholt pauschal als Verhinderer und als „Polemiker“ beschimpft, direkte Anregungen wurden bestenfalls belächelt. Die völlig überdimensionierten Dimensionen wurden bei der öffentlichen Mitwirkung stark kritisiert, am Projekt geändert wurde trotzdem nichts. Mit genialen Fotomontagen versuchte Mobimo stattdessen mit grünen Häusern, grünen Dächern umgeben von grünen Bäumen und Rasen die harte Beton-Wirklichkeit zu verschönern. Die AGGLOlac-Befürworter erhielten für dieses Vorgehen bei den

Nidauer Wahlen vom 24. September 2017 die Quittung und wurden abgestraft. Sämtliche AGGLOlac-Kritiker in allen Parteien von links bis rechts erzielten sehr gute Resultate. Im Nidauer Stadtrat haben diese in der kommenden Legislatur sogar fast eine Mehrheit. Das Verdikt ist klar: So kann es mit dem Projekt nicht weiter gehen!

Die SVP Nidau vertritt seit Jahren die Meinung, dass AGGLOlac abgespeckt werden muss. Ursprünglich wurde dem Volk 2006 mit dem Projekt ExpoPark ein Naherholungsgebiet mit einer Überbauung von 25'000 bis 50'000 m2 Bruttogeschossfläche (BGF) präsentiert. Mit einer Hauruck-Übung wurde ExpoPark im letzten Moment beerdigt. AGGLOlac umfasst heute 124'000 m2 BGF! Vom ursprünglich geplanten ExpoPark mit einer massvollen Überbauung in den hinteren Bereichen - ein solches Projekt wäre mehrheitsfähig und würde weniger Widerstände verursachen - ist kaum mehr

etwas übrig geblieben. Direkt durch AGGLOlac verursachte riesige Investitionen (zB. Schulraum, Verwaltung) will die Projektgesellschaft nach wie vor nicht ins Projektbudget aufnehmen, aber x Millionen Franken sollen für nicht zwingend nötige Bereiche verpulvert werden. Unter diesen Bedingungen kann die SVP dem Projekt nicht zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass auch die Bevölkerung das Projekt versenken wird, falls es nicht mehr angepasst (redimensioniert) wird.

Die Projektgesellschaft erarbeitet nun auf Grund eines Entscheids des Bieler Stadtrats (Annahme der Baurechts-Motion) bis im Sommer 2018 alternative Varianten des Projekts. Es ist ihre **letzte Chance**, nicht nur das Finanzierungsmodell nochmals zu überdenken, sondern auch die zahlreichen haarsträubenden Versäumnisse im Planungsprozess zu korrigieren.

Täglich durchqueren bis zu 19'000 Fahrzeuge unser Nidauer Stedtli und sorgen dort für Lärm und Abgase. Insbesondere der Porttunnel würde Nidau von diesem Durchgangsverkehr entlasten. Mit dem Alternativprojekt vom Komitee „Westast so nicht“ soll geprüft werden, wie der Westast sanfter in das Stadtbild integriert werden kann.

- Leander Gabathuler

Schade, dass ein Berner Planer so fest übertrieben hat und damit die teuersten Autobahn-Kilometer der Schweiz produzieren will. Mehr Bescheidenheit hätte gut getan und würde eine bessere Akzeptanz hervorrufen.

- Viktor Sauter



Abb.: Visualisierung Porttunnel, www.a5-biel-bienne.ch



Westast: Wie weiter?
- von Roland Lutz und Bruno & Ursula Wingeyer

Seit einigen Monaten kann man in der Presse die Argumente gegen oder für die Umfahrung «Westast» lesen. Das jetzige Projekt, das sich aktuell in der Planung befindet, wird seit einigen Monaten stark bekämpft und in Frage gestellt. Diesem rund 2 Milliarden Franken teuren, gigantischen Superprojekt wurde nun vom gegnerischen Komitee «Westast so nicht» ein Alternativprojekt entgegengestellt. Dieses Projekt beinhaltet den Verzicht auf die geplanten Anschlüsse «Biel-Centre» und «Seevorstadt», sowie einen rund 5 km langen Tunnel von der Verzweigung Brüggmoos bis Vingelz.

Was ist nun an dieser neuen Idee vor allem für die Anwohner der Riesenbaustelle positiv? Man stelle sich beim bestehenden Projekt Folgendes vor: Die Baustelle, die unmittelbar an den Quartieren Weidteile und Gurnigol vorbeiführt, wird für die Anwohner zum

absoluten Alptraum. 15-20 Jahre Lärm, Erschütterungen, bzw. Schäden an den Gebäuden und Staub - eine enorme Belästigung! Vom Bauherrn, dem Kanton Bern, gibt es dazu natürlich keine Reaktionen.

Den Baustellenverkehr schätzt man auf rund 600'000 (!) Lastwagenfahrten, vorwiegend wegen dem Abtransport von Aushubmaterial. Der Planung des Kantons kann nicht entnommen werden, wo dieser Abtransport stattfinden soll. Es muss aber angenommen werden, dass die Lastwagen auch durch die Quartiere fahren werden.

Die Bauarbeiten werden Erschütterungen mit sich bringen, Schäden an Häusern wird die Konsequenz sein. Die Anwohner werden 20 Jahre lang einem enormen Baulärm ausgesetzt sein. Die schönen Balkone und Gärten in den Quartieren werden während der Bauzeit mit Staub überdeckt sein. Ärger und Frust wären die Konsequenz!

Auf diese berechtigten Vorbehalte hat der Bauherr, der Kanton Bern, bis jetzt noch keine schlüssigen Antworten und zeigt auch keinerlei Interesse, die absehbaren Probleme zu lösen!

Das Alternativprojekt **«Westast so besser» hat auf viele der Fragen glaubhafte Antworten:** Weniger Lastwagenfahrten, v.a. in den Quartieren, eine kürzere Bauzeit und vor allem weniger Kosten!

Ist diese neue Idee nun die gesuchte Alternative? Ist sie überhaupt realisierbar? Stimmen die Angaben der Projektverantwortlichen? Wir glauben ja und sind der Meinung, dass dieses Projekt, auch wenn es nicht zur Freude einiger Bieler Mandasträger ist, die Chance verdient hat, geprüft zu werden. Und vielleicht wird dann nicht nur diskutiert, was für die Nidauer und Anwohner mit gutem Gewissen für ein Autobahnprojekt eintreten können.

Eine Neugestaltung der Ortsdurchfahrt ist zum jetzigen Zeitpunkt der falsche Plan. Der Verkehr kann aktuell nirgendwo ausweichen und wenn doch, sind dies Schulwege und Quartierstrassen. Diese müssten dann zum Wohle der Anwohner wieder mit äusserst fragwürdigen Schikanen „à la Biel“ verbarrikiert werden, was keinem Verkehrsteilnehmer zu Gute kommt.

- Oliver Grob

Ich bin immer dafür, Verbesserungen zu machen, das ist aber keine Verbesserung, sondern vor allem für die Autofahrer eine deutliche Verschlechterung. Zudem wäre es doch sinnvoll zu warten, was mit dem Westast passiert und erst dann zu planen.

- Ursula Wingeyer

Das Projekt kommt 15 Jahre zu früh und gefährdet die Sicherheit insbesondere der Fussgänger massiv! Noch mehr Verkehr in den Quartieren und entlang der Schulwege wäre die Konsequenz - Inakzeptabel!

- Leander Gabathuler



Abb.: Nidauer Hauptstrasse, zvg



Wenn man hinten und vorne nicht mehr weiter weiss, beginnt man halt in der Mitte
von Thomas Marolf

Auf der einen Seite von Nidau befindet sich der Guido-Müller-Platz. Dieser versinkt seit Eröffnung der Bieler Umfahrung A5-Ostast zu den Stosszeiten im Chaos, weil sich sämtlicher Verkehr vom Strandboden bis zur Verzweigung Brügg und umgekehrt staut.

Auf der anderen Seite befindet sich ein Kreisverkehr. Dieser versinkt zu Stosszeiten ebenfalls im Chaos, weil die Verkehrsteilnehmer die Autostrasse Lyss-Biel bereits in Brügg verlassen und durch Port hindurch fahren, um vorhin genanntes Chaos zu umgehen. Dazwischen liegt die Hauptstrasse im Stedtli von Nidau, wo sich der Verkehr seither nur unmerklich verändert hat.

Wegen angeblich gefährlichen Fussgängerstreifen sämtliche Verkehrsteilnehmer gefährden? Eine solche Planung kann nur von einem Schreibtischtäter kommen. Ich bin absolut dagegen Fussgänger und Velofahrer zu gefährden sowie Autofahrer, wie auch LKW-Fahrer in gefährliche Situationen zu bringen. Die Planung kommt zu früh, diese muss nach der Eröffnung des Westastes neu in Angriff genommen werden.

- Markus Baumann

Ortsdurchfahrt NEIN. Da wird vom Kanton eine Idee präsentiert, die ein Problem nicht löst, sondern verschlimmert. Der Durchgangsverkehr durch Nidau ist bereits heute enorm (ca. 19'000 Fahrzeuge pro Tag). Das neue Projekt würde den Verkehr noch mehr hemmen, stehende Autoschlängen bis über den Guido-Müller-Platz - ein noch grösseres tägliches Chaos wäre die Folge.

- Roland Lutz

Die geplante Ortsdurchfahrt ist gut angedacht, wird aber den Nidauer Problemen nicht gerecht. Etwas weniger wäre mehr. Die Nidauer Geschäfte und Restaurants brauchen mehr Parkplätze und weniger Durchfahrer.

- Viktor Sauter

Ich lehne den schwachsinnigen Vorschlag vom Kanton kategorisch ab. Wollen wir unser schönes Grafenstädtchen wirklich verunstalten? Nein, niemals.

- Bruno Wingeyer

Über Jahrzehnte hinweg waren die Nidauer Sozialbehörden die Lieben und Netten. Das haben weltweit viele Hilfeschuchende auch heraus gefunden. Die zweithöchste Sozialhilfequote der Schweiz ist leider kein Ruhmesblatt für die damaligen Verantwortlichen.

- Viktor Sauter

Mit all diesen "Schein-Sozialempfängern" muss endlich konsequent aufgeräumt werden. Hilfe ja, aber nur für jene, die es wirklich brauchen.

- Bruno Wingeyer

Hilfe für die Menschen, die unsere Hilfe benötigen. Strafe für die Menschen, die unsere Hilfe ausnutzen.

- Thomas Marolf

Kurzinfo:
Nachdem der „Fall Abu Ramadan“ an die Öffentlichkeit gelangte, hat SVP-Regierungsrat Schnegg sofort reagiert und eine Task-Force-Gruppe eingesetzt. Unser Gemeinderat Roland Lutz arbeitet seither eng mit den kantonalen Behörden zusammen, um offensichtliche Systemfehler auf kantonomer Ebene zu beheben. Künftig muss beim Kanton eine strikte Praxis etabliert werden, die es den Gemeinden ermöglicht, konsequent gegen Extremisten, Renitente, Integrationsverweigerer, Kriminelle und Profiteure vorzugehen.



„Laisser faire“ bei den Beamten in Bern
von Markus Baumann und Oliver Grob

Der Fall Abu Ramadan mit über 600'000 Franken Sozialhilfekosten hat wunderbar aufgezeigt, was alles schief läuft in Nidau, in Bern, in der Schweiz. Bei den kantonalen Behörden ist eine unhaltbare "laisser faire Politik" im Gange. Nidau meldet Fälle, welche mehr als 50'000 CHF Sozialhilfe beziehen, regelmässig dem kantonalen Migrationsdienst (MIDI), erhält aber daraufhin oft vom MIDI keine Rückmeldung, ob und welche Massnahmen getroffen wurden. Sollte zum Beispiel eine Person ausgeschafft werden, erfahren die Sozialen Dienste höchstens im Einzelfall davon. So gesehen beim Fall Ramadan, bei dem Nidau nicht in Kenntnis gesetzt wurde, dass ihm der Asylstatus im August 2017 entzogen wurde - Die Nidauer Behörden erfuhren dies aus der Presse.

Dabei sollte laut kantonalen Weisungen bei diesen Sozialhilfebezügerinnen eigentlich geprüft werden, ob eine Ausschaffung möglich ist. Im Fall Ramadan wurde dies **offensichtlich verschlamt:** Er ist mehrfach in sein Heimatland gereist und ist somit wohl nicht an Leib und Leben gefährdet.

Die Gemeinden im Kanton Bern brauchen zwingend mehr Befugnisse, um gegen renitente Sozialhilfebezüger vorzugehen. Bislang stellten sich die kantonalen Beamten taubstumm, wenn es beispielsweise darum ging, auf Antrag der Gemeinde Ausländer teils mit hundertausenden Franken Sozialhilfeschildern wegzuweisen.

- Leander Gabathuler

Ich denke, dass unsere Abteilung für Soziales einen guten Job macht und dieser Job ist sicher nicht einfach. Ich wünsche mir aber, dass vermehrt Kontrollen durchgeführt werden, um Missbräuche aufzudecken. Diese Missbräuche kommen uns teuer zu stehen, wir bezahlen dafür!

- Ursula Wingeyer

Die Sozialen Dienste sind auf einem guten Weg. Die Sozialhilfequote hat sich in den letzten Jahren stark verbessert, die Kosten sind gesenkt worden. Trotz allem dürfen wir uns noch nicht zurücklehnen. Es wartet noch viel Arbeit auf die Abteilung. Die Sozialhilfe muss dort eingesetzt werden, wo Bedarf besteht: Als Hilfe bei sozialen Problemen. Sozialhilfemissbrauch muss weiterhin konsequent bekämpft und angezeigt werden.

- Roland Lutz

Zudem mangelte es ihm an Integrationswillen da er nach über 15 Jahren in der Schweiz noch keine Landessprache spricht. Wer sich nicht oder wenig kooperativ zeigt (was laut Interpellation bei rund 50% aller Nidauer Sozialfälle zutrifft), wer keine Landessprache erlernen will und wer religiöse Ideologien über das Landesrecht stellt, ist nicht integrationswillig. In diesem Fall kann es nur eine Antwort geben: Eine Ausschaffung durchführen und zwar sofort. Die dafür nötigen Gesetze sind zu schaffen.

Wir sind es dem Steuerzahler schuldig, dass sein Geld zweckmässig und fair eingesetzt wird. Die SVP wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass unsere Sozialwerke nicht länger als Selbstbedienungsladen missbraucht werden.

Erfrischend kritisch!